

Nebräer Anzeiger

Amthliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben in Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 532

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Hellmetall 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Aetern.

Nr 62

Sonnabend, den 23. Mai 1931.

44. Jahrgang

Hindenburg-Zug in Kiel.

Die Flottenparade vor dem Reichspräsidenten.

Kiel, 21. Mai.

Bei schönstem Wetter fand die Flottenparade vor dem Reichspräsidenten statt. Am Stoller Grund bildete sich die Kiellinie der ganzen Flotte, die glänzend ausgerichtet, dem Kreuzer „Königsberg“ mit dem Reichspräsidenten an Bord folgten.

In See bröhte der Kreuzer „Königsberg“ auf Gegenkurs, gefolgt von dem Preisdampfer, und an dem Reichspräsidenten zog nun die Kiellinie der Flotte vorbei, während die Flottenflotte an Bord paradierte.

Das Einheitschiff „Schlesien“, mit der Flagge des Befehlshabers der Einheitsflotte, führte. Es folgten „Sachsen“, „Hannover“, „Schleswig-Holstein“ und die Kreuzer „König“, „Markgrube“, darauf die zweite Torpedobootflottille mit den zehn Booten der Raubogee und Raubier-Klasse, die erste Torpedobootflottille, die Minenlucherkolonne, zwei Spezialtorpedoboots, die Spereschiffe, das Dienstschiff „Meteor“, die Flottenentferner und die sechs U-Bootsgründer.

Nachdem die Einheitsflotte und Kreuzer wieder an die Bojen gegangen waren, fuhr der Kreuzer „Königsberg“ zur Wit, vorbei an dem Segelschiff „Möbe“, auf dessen Masten und Reeling die Mannschaften paradierte. Die Torpedoboots machte in der Wit fest. Zahlreiche Sonderdampfer und Segelschiffe begleiteten das Bild. Kurz nach dem Verschwinden des Kreuzers „Königsberg“ brach sich der Reichspräsident zum Mittagessen ins Offiziersheim. Um 14.45 Uhr fuhr der Reichspräsident zum Bahnhof. Nach Abreiten der Front der Ehrenkompanie erfolgte dann die Abreise des Reichspräsidenten mit dem fahrplanmäßigen Zug nach Berlin.

Die Abrüstungsfrage vor dem Rat.

Curtius begründet den deutschen Antrag. — Briand lehnt ab.

Genf, 21. Mai.

Der Rat begann eine längere Aussprache über die Frage der Offenlegung des gegenwärtigen Rüstungsstandes aller Länder. Curtius wies darauf hin, daß sich in dieser Frage ein englischer und ein deutscher Antrag gegenüberfinden.

Der englische Antrag wurde von Henderson begründet. Er betonte, es sei unbedingt notwendig, daß die Abrüstungskonferenz gewisse Angaben über den gegenwärtigen Rüstungsstand der einzelnen Länder erhalte, und daß diese Angaben auf Grund gleichlautender Fragebogen erhoben müßten. Der vorbereitende Abrüstungsausschuß habe Tabellen ausgearbeitet, die dafür richtunggebend seien.

Curtius begründete sodann den Standpunkt der deutschen Regierung über die Frage der Offenlegung des Rüstungsstandes.

Nachdem der Völkerrundrat im Januar beschloßen habe, die Regierungen der an der Abrüstungskonferenz beteiligten Staaten zu Mitteilung über den Stand ihrer Rüstungen aufzufordern, habe sich der deutschen Regierung die Ueberzeugung aufgedrängt, daß die Aufstellung eines einheitlichen Fragebogens für die Feststellung des Rüstungsstandes unbedingt erforderlich sei, weil sonst die Berichte der einzelnen Regierungen ihrer Zweckung und dem Charakter nach in stark voneinander abweichend würden, daß ein sachgemäßer Ueberblick über den gesamten Stand der Rüstungen nicht zu gewinnen sein würde.

Nach der Meinung der deutschen Regierung müssen alle wesentlichen Rüstungsfaktoren darin enthalten sein, wenn das Ziel des Rüstungsausschusses vom Januar erreicht werden sollte.

Die Konferenz müsse sich, um zu einem wirklichen Ergebnis zu gelangen, ein völlig umfassendes genaues Bild des vor-handenen Rüstungsstandes machen. Ebenso notwendig sei es, daß die Räfte, die in Reserve ständen, durch Einzelangaben in sachgemäßer Weise der Abrüstungskonferenz dargelegt würden. Die englische Regierung sei auf Grund ähnlicher Erwägungen dazu gelangt, ein einheitliches Schema für die Angaben der einzelnen Staaten anzulegen. Selder entfpreche der englische Vorschlag jedoch nicht den Erfordernissen der vollständigen Offenlegung des Rüstungsstandes, weil darin wesentliche Elemente der Rüstungen wie das lagernde Kriegsmaterial und die ausgebildeten Personen, unberücksichtigt blieben.

Briand erklärte, es sei begründlich, daß die deutsche Politik seit Jahren gegen den langsamen Fortgang in der Durchführung der Abrüstungsverpflichtungen protestiere.

Die deutschen Vorschläge auf Offenlegung des Rüstungsstandes seien zwar gut, jedoch viel zu gut. Es seien darin Grundzüge enthalten, die im Gegensatz zu den im Abrüstungsausschuß aufgestellten Methoden stünden. Jetzt, wo man kurz vor dem Abschluß der Abrüstungsarbeiten stehe, müsse jede neue Veränderung des Fortganges und jede neue Schwermertigkeit unbedingt vermieden werden. Er schlage daher vor, die deutschen Vorschläge abzulehnen und die englischen Vorschläge anzunehmen.

Am Hinblick auf die großen Gegenstände, die sich im Völkerrundrat zwischen den deutschen und englischer Plänen gezeigt haben, beschloß der Völkerrundrat, diese Frage auf die Freitag-Sitzung zu verlegen. Dr. Curtius

leitete als Präsident mit, daß in der Zwischenzeit verhandelt werde, eine Lösung zu finden.

Abrüstungskonferenz in Genf.

Der Völkerrundrat hat in gemeinsamer Sitzung Genf als Tagungsort für die zum 2. Februar 1932 einuberberende Abrüstungskonferenz aussersehen. Die offizielle Antwort der englischen Regierung auf den Vorschlag des Völkerrundrates, den englischen Außenminister Henderson zum Präsidenten der Abrüstungskonferenz zu wählen, liegt bisher noch nicht vor, jedoch wird von Seiten der englischen Regierung erklärt, daß die Zustimmung der englischen Regierung feststehe und Henderson schon jetzt als gewählter Präsident der Abrüstungskonferenz angesehen werden könne.

Mandat Cravinas um drei Jahre verlängert.

Im weiteren Verlauf der geheimen Sitzung des Völkerrundrates wurde das Mandat des Danziger Völkerrundratskommissars Graf Cravinas, das Mitte 1932 abläuft, um weitere drei Jahre verlängert.

Bei der Beratung des von Frankreich empfohlenen Systems der landwirtschaftlichen Vorzugszölle zugunsten der südosteuropäischen Landwirtschaft brachte der britische Außenminister Henderson einen formellen Vorschlag ein, dem sich die Vertreter Dänemarks, der Tschechoslowakei und Schwedens angeschlossen. Der Vorsitz der Münchener Konferenz, daß er an den ersten Wählern des Europa-Ausschusses, auf dem Wege von Vorzugszöllen den südosteuropäischen Staaten zu helfen, zweifelte.

Kleinarbeit in Genf.

Der ewige Streit Polen-Litauen.

Genf, 22. Mai.

Der Völkerrundrat hat das Abkommen über die Schaffung der Internationalen Landwirtschaftlichen Synopse angenommen.

Der Rat nahm jedoch einen Bericht entgegen, nach dem die Verhandlungen zwischen der polnischen und litauischen Regierung über die Sicherung der Ruhe und Ordnung in der administrativen Zone zwischen Polen und Litauen ergebnislos verlaufen seien. Die Außenminister Polens und Litauens haben sich dem Rat gegenüber verpflichtet, Maßnahmen zu treffen, um an der Demarkationslinie Zwischenfälle zu vermeiden.

Weiter beschloß der Rat, das von einem Sonderausschuß angegebene Abkommen über die Kriegsvorfälle gegen Mittel sämtlichen Mitgliedsstaaten zu übergeben. Das Abkommen soll im September zur Unterzeichnung ausgelegt werden. Der polnische Außenminister Jalecki verlangte die moralische Abrüstung der Presse in allen Ländern. Der Rat lehnte jedoch den polnischen Antrag ab und beschloß, lediglich die Vorschläge über Presseverpflichtungen in gleicher Weise wie die Signaturprotokolle sämtlichen Mitgliedsstaaten zu übermitteln.

Deutschland zur Unterzeichnung der Generalakte.

Im Völkerrundrat fand die feierliche Bekanntgabe der Unterzeichnung der Generalakte des Völkerrundrates über die allgemeine schiedsgerichtliche Regelung internationaler Konflikte durch Frankreich und England statt.

Der französische und englische Außenminister benutzten die Gelegenheit, um die Generalakte als ein bedeutungsvolles Instrument des Friedens zu erklären.

Die Generalakte sieht eine schiedsgerichtliche Regelung aller politischen und rechtlichen Konflikte vor und bestimmt dabei, daß in dem Artikel 28 politische Konflikte auf der Grundlage des Rechtes zu lösen seien.

Man sieht in dieser Generalakte eine neue Bestätigung der Deutschland aufgelegten Kriegsverträge, da die Generalakte die internationalen Verträge als die Rechtsgrundlage politischer Interessenkonflikte anerkennt und somit auf der Grundlage der Generalakte ein internationaler Konflikt Deutschlands mit einem anderen Staat zwangsläufig nach den bestehenden internationalen Verträgen behandelt würde.

Von deutscher Seite wird jedoch gefordert, daß die schiedsgerichtliche Entscheidung eines internationalen Konfliktes nur auf der Grundlage der Gerechtigkeit aller Staaten erfolgen muß.

Deutschland hat sich seit Jahren weitgehend für den Ausbau des Schiedsgerichtswesens eingesetzt und bereits mit den meisten Nachbarstaaten Schiedsgerichtsverträge abgeschlossen, weil jedoch die Generalakte ablehnen, weil darin eine unzulässige Festlegung auf die internationalen Verträge als der Rechtsgrundlage für die Regelung politischer Konflikte vorgenommen wird.

D. A. Z. gegen Curtius.

Amthliche Antwort auf einen Zeitungsartikel.

Berlin, 22. Mai.

Amthlich wird mitgeteilt: Die „D. A. Z.“ richtete einen Angriff gegen den Reichsaussenminister, dessen Autorität durch die Genfer Vorgänge gelitten habe. Sie begründet diesen Angriff mit der Behauptung, daß der Völkerrundrat sich vorbehaltlos habe, auf die Frage der deutsch-österreichischen Lösung selbst nach einer amtlichen Entscheidung des Haager Gerichtshofes noch nach der politischen Seite hin einzugehen.

Dazu ist festzustellen, daß von einem solchen Beschluß des Völkerrundrates nicht die Rede sein kann.

Der Rat hat, entsprechend dem britischen Antrag, nichts anderes beschlossen, als die Rechtsfrage dem Haag zu überweisen. Ein Vorbehalt, den deutsch-österreichischen Rat später gegebenenfalls auch nach unter politischen Gesichtspunkten zur Erörterung zu bringen, ist lediglich von einzelnen Gegnern des Planes gemacht worden, ohne daß der Rat dem zugestimmt hätte.

Von deutscher Seite ist diesem Verluß der Gegner auf das bestimmteste entgegengetreten worden.

Kein Staat kann sich in einer internationalen Erörterung dagegen schütten, daß von anderen Staaten unbegründete Anträge gegen seine Politik gestellt werden. Hierbei kommt es allein darauf an, solche Vorentwürfen zurück zu weisen. Das hat der Reichsaussenminister durch seine wiederholten mit größter Schärfe abgegebenen Erklärungen erreicht.

Getreidepolitik und Brotpreis.

Ausführungen Schiele vor der Presse.

Berlin, 22. Mai.

Reichsernährungsminister Schiele sprach vor Vertretern der Presse über die Brotpreisbildung im Rahmen der Getreidepolitik der Reichsregierung. Er führte u. a. aus:

Der Durchschnitt des Brotpreises betrug vom Oktober 1930 bis zum März 1931 37,34 Pfg., im April 37,79 Pfg. Die Feststellung am 6. Mai hat eine Erhöhung um ungefähr 1 Pfg. ergeben. Als leizterzeit die Erhöhung der Preise für Roggen und Roggenmehl eine Erhöhung des Brotpreises bei sich zog, hat die Reichsregierung sofort eingegriffen. Bei Abschluß der diesjährigen Kampagne im August dürften etwa noch 3 bis 400 000 Tonnen Roggen vorhanden sein. Die Reichsregierung hat im übrigen im Abstand noch eine zweite Meierei, die sich in Rotterdam befindet. Am März 1931 ist der Verbrauchungsplan von 60 auf 70 u. 5 festgelegt worden. Ferner sind zollpolitische Maßnahmen auf dem Gebiet des Weizens durchgeführt. Im übrigen ist eine weitere Lockerung des Brotpreises ins Auge gefaßt worden, die sich schon in nächster Zeit auswirken dürfte.

Der Richtpreis der Berliner Bäcker betrug bei Anfang der Brotpreisentsorgung der Regierung 50 Pfg. je 125 Gramm. Er wurde dann auf 46 Pfg. herabgesetzt.

Als die Preise für Roggen und Roggenmehl anogen, stieg der Brotpreis wieder auf 48 Pfg., dann auf 50 Pfg. In neueren Verhandlungen haben sich die Berliner Bäcker verpflichtet, den Brotpreis wieder auf 47 Pfg. zu senken. Die Deutsche Getreidehandelsgesellschaft hat ganz ausgezeichnetes Mehl erhalten, aus dem ein tadelloses Brot hergestellt ist.

Die Vorwürfe gegen das Reichsernährungsministerium, daß mangelhaftes Mehl geliefert worden sei, müssen schärfstens juridisch erwiesen werden.

Die Berliner Brotsfabriken, die den Preis des Brotes auf 52 Pfg. festgelegt haben, haben erklärt, sie könnten für den Fall, daß das Nachtbrotverbot aufgehoben werde, den Preis bis 8 o. 5 senken. Bei einer Lockerung des Nachtbrotverbotes würden sie um 4 bis 5 o. 5, billiger liefern.

Die Verteuerung des Brotpreises hat eine lebhafteste Aussprache ausgelöst, bei der es scheinen konnte, als ob eine neue Lenkungsstelle die Lebenshaltung des Volkes bedrohe. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß zwar seit Anfang April eine geringe Erhöhung der Ernährungsrichtzahl insgesamt von 85,9 auf 86,7 eingetreten ist (der Durchschnitt 1925/29 gleich 100 gesetzt), daß aber diese Richtzahl immer noch niedriger ist als zu Anfang des Jahres 1931, wo sie 88,9 betrug. Dabei befinden sich die Mehlfraktionen wesentlicher Lebensmittelgruppen in einer dauernden Bedrohung. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß Fleisch und Eier herab. Die Mehlfraktion für Fleisch, Fleischwaren und Fisch sank seit Anfang 1931 von 91,7 auf 79,7. Bei Eiern ist ein geradezu katastrophaler Preisrückgang eingetreten. Ganz ähnlich muß die Entwicklung bei Milch, Milcherzeugnissen und Margarine beurteilt werden, die von Januar 1931 von 85,9 auf 81,2 zurückgegangen ist.

Demgegenüber spielt die Brotpreisermäßigung, die eine Steigerung der Mehlfraktion von 93,7 im Januar auf 96,8 zur Folge hatte, eine verhältnismäßig geringe Rolle.

Trotz der Steigerung liegt die Mehlfraktion für Brot und Mehl noch immer niedriger als in den Jahren 1927 bis 1930. Daß die Brotpreisfestsetzung im Geltungsbereich der Ernährungsrichtzahl nicht in dem niedrigen befürchteten Maße auswirkt, geht am besten daraus hervor, daß dieser Sndeg von 88,9 auf 86,7 zurückgegangen ist.

Vorbereitung des Sanierungsprogramms.

Entscheidung erst nach Pfingsten.

Berlin, 22. Mai.

Es ursprünglich für Ende dieser Woche vorgezogene Gesamtberatungen des Reichskabinetts sind verschoben worden, da einflussreiche dem Einzelgesprächen zwischen den Ressorts stattfinden müssen.

Flugtag in Roßleben

1. Pfingstfeiertag, den 24. Mai 1931, nachm. 3 Uhr im Rieth bei Roßleben

Geschwadertflüge ♦ Geschicklichkeitsflüge ♦ Kunstflüge ♦ Postsackzielabwürfe ♦ Ballonrammen
Fallschirmabsprung

Volkstümliche Eintrittspreise: 1.— RM, Kinder und Erwerbslose 50 Pfg.
 Auto-, Motorrad- und Fahrradaufbewahrung

Gramm, Thale (Harz)

Statt Karten!
 Die Verlobung ihrer einzigen Tochter
Ilse mit Herrn **Joachim Gutschmuths** beschreiben sich anzusetzen
Dr. Paul Demisch und Frau
 Erna geb. Leu
 Duisburg-Weidertich, Parz. Nr. 7
 Pfingsten 1931

Meine Verlobung mit
Fräulein Ilse Demisch,
 Tochter des Herrn Fabrikdirektors
Dr. Paul Demisch und seiner Frau
 Gemahlin Erna geb. Leu zeige ich
 hiermit an
Joachim Gutschmuths
 Nebra a. Unstrut

Einkauf von Rosierlingen ist Vertrauenssache!
 Ich empfehle Ihnen meine **Univerfal-Rosierlingen** für RM. 5.— pro 100 Stück frei Haus per Nachnahme. Sie ist unerledigt zart im Schnitt, für den härtesten Bart und die empfindlichste Haut passend. Für jedes Stück wird Garantie geleistet, daher kein Risiko.
F. Segevald, Solingen

Inserieren bringt Gewinn

Reinsdorf
 Am 2. und 3. Pfingstfeiertag, sowie Kleinpflingsten im Gasthof
Pfingst-Ball
 Es laden freundlich ein
 Die Pfingstgesellschaft **W. Hartmann**

Ihre Vermählung geben bekannt
Lehrer Erich Meyer und Frau Luise
 geb. Böttcher
 NEBRA a. U., Pfingsten 1931

Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof
 Am 1. und 2. Pfingstfeiertag, abends 8 1/2 Uhr:
Der 13. Geschworene Vater, vergib mir...
Der Deserteur von Arras
An der Weser
 Es laden freundlich ein **Vorgwardt.**

Nebraer Sportvereinigung 1924
 Sportplatz unterhalb der Altenburg
 1. Pfingstfeiertag, nachmittags 3 Uhr:
Eintracht Leipzig Reserve — A.G.B. 24 1. Herren
 2. Pfingstfeiertag, 2 1/2 Uhr:
B.f.L. 96 Halle Junioren — A.G.B. 24 Junioren
 4 Uhr:
Blangel Weißenfels Ref. — A.G.B. 24 1. Herren

Betr. Verpachtung der Wiesenwege
 Die Verpachtung der städtischen Wiesenwege erfolgt am Mittwoch, den 27. Mai d. Js. von 1/9 9 Uhr nachmittags an. Treffpunkt Otto's Güte. Verpachtungsbedingungen werden im Termin bekannt gegeben.
 Nebra, den 22. Mai 1931.
 Der Magistrat. Grünberg.

Schweizerhaus
Vitzenburg
 Am 2. und 3. Pfingstfeiertag, sowie Kleinpflingsten von nachm. 3 Uhr an:
Pfingsttanz
 Es laden freundlich ein
 Die Pfingstgesellschaft **Wirthmann**

Gegen üblen Mundgeruch
 Ich will nicht verheimlichen, Ihnen Mitteilung zu machen, daß ich seit dem Gebrauch Ihrer Zahnpaste „Chlorodont“ nicht nur reine, weiße Zähne besitze, sondern auch den bei mir sonst üblichen Mundgeruch verloren habe. Ich werde Ihr Chlorodont aufs Beste empfehlen.“
 G. C. W. Mainz. Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Tube 64 Pf. und 90 Pf., und weise jeden Ersatz dafür zurück.

?? Wohin zu Pfingsten ??
 Nach der
! Heimkehle !
Größte Höhle Deutschlands
 Station Ulltraun (Südh.) — Strecke Berga-Kelbra-Stolberg. — Autostrecke: Kyffhäuser-Kelbra-Stolberg

Betr. Flussbadeanstalt.
 Die städtische Badeanstalt wird am 23. Mai eröffnet.
 Als Badezeiten sind folgende Stunden festgesetzt:
 1) Männliche Personen: 2) Weibliche Personen:
 Montag: 9—12 6—9
 Dienstag: 6—9 6—12
 Mittwoch: 9—12 6—9
 Donnerstag: 6—9 9—12
 Freitag: 9—12 6—9
 Sonnabend: 9—12 6—9

An Sonntagen und an allen Nachmittagen der Woche, ist die Badeanstalt zur gemeinsamen Benutzung (Familienbad) freigegeben.
 Jeden Donnerstag von 7—9 Uhr nachmittags ist die Badeanstalt den Turn- und Sporttreibenden Vereinen der Stadt zur alleinigen Verfügung gestellt.
 Als Badpreise werden erhoben:
 1. Jahresfamilienkarte RM. 10.—
 2. Jahreskarte für Erwachsene „ 5.—
 3. Jahreskarte für Kinder bis zu 14 Jahren „ 3.—
 4. Einzelbad für Erwachsene „ 0,20
 5. Einzelbad für Kinder bis zu 14 Jahren „ 0,10

Zugestanden sind in der Badeanstalt bei dem Bademeister, Dancarten bei der Stadtkasse zu haben.
 Auch im Falle der Nichtbenutzung ist das Betreten der Badeanstalt nur nach Vorlegung einer Karte gestattet.
 Den Anordnungen des Bademeisters und des städtischen Aufsichtspersonals haben die Besucher unbedingt Folge zu leisten. Bei zahlreichem Besuch der Badeanstalt sind die Badegäste auf Anordnung des Bademeisters in angemessener Frist freizumachen.
 Nebra, den 18. Mai 1931.
 Der Magistrat. Grünberg.

„Zur Sorge“ Nebra
 Am 2. Feiertag, von nachmittags an
Eintritt Dielenbetrieb Tanzgelb frei!
Reichel-Bräu — Oettler (hell)
 Es laden ergebenst ein **H. Bernsheim.**

WOHNEN BEI DER STADT-SPARKASSE NEBRA
WO GIBT ES KAFFEE HAG
 den koffeinfreien Bohnenkaffee?
 Stets frisch zu haben bei:
R. Barthel, Nebra

Schützenhaus Nebra
 Am 1. Pfingstfeiertag abends 8 Uhr:
Gr. Extra-Konzert
 Gut gewähltes Programm, Fanfaren-Märsche usw.
 Bei günstiger Witterung im Garten
 Es laden freundlich ein
Kurt Stein R. Janda

Gasthaus Wendelstein
 Besuchen Sie zu Pfingsten den **Wendelstein**
 Sie finden dort angenehmen Aufenthalt, gute Unterhaltung und vorzügliche Bewirtung.
Anstich von Pichors-Bräu (dunkel)
 Am 1. Feiertag, von früh 7 Uhr ab:
Früh-Konzert der Nebraer Stadt-Kapelle
 Es laden freundlich ein **Kurt Metz.**

Spare mündelreicher **Stadt-Sparkasse Nebra**,
 bei der

Pretitz
 Am 2. und 3. Pfingstfeiertag, sowie Kleinpflingsten:
Flotte Ballmusik
 Speisen und Getränke in bekannter Güte
 Es laden freundlich ein
 Die Pfingstgesellschaft **Paul Henke**

Danksagung!
 Für die zahlreichen Beweise herzlichster Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen, des
Bäckermeisters und Gastwirts Kurt Ködderitzsch
 sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank. Dank auch Herrn Pfarrer Langguth für die trostreichen Worte am Grabe sowie allen denen, die seinen Sarg mit Kränzen schmückten und ihn zur letzten Ruhestätte begleiteten.
 Nebra, den 21. Mai 1931.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Neobraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Ercheint wöchentl. dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Koblentz. Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz. Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.

Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 632

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtpostkassa Nebra — Bankverein Artern.

Hindenburg-Zug in Kiel.

Die Flottenparade vor dem Reichspräsidenten.

Kiel, 21. Mai. Bei schönstem Wetter fand die Flottenparade vor dem Reichspräsidenten statt. Am Stoller Grund bildete sich die Kette der ganzen Flotte, die, glänzend ausgerüstet, dem Kreuzer „Königsberg“ mit dem Reichspräsidenten an Bord folgte.

In See drehte der Kreuzer „Königsberg“ auf Gegenkurs, gefolgt von dem Preisdampfer, und an dem Reichspräsidenten zog nun die Kette der Flotte vorbei, während die Mannschaften an Bord paradierte. Das Vinierschiff „Schiffen“ mit der Flagge des Befehlshabers der Vinierschiffe, führte. Es folgten „Helsen“, „Samoner“, „Schleswig-Holstein“ und der Kreuzer „Rhin“ und „Karlsruhe“, darauf die zweite Torpedobootflottille mit den zehn Booten der Raubvogel- und Raubtier-Klasse, die erste Torpedobootflottille, die Minenucherflottille, zwei Spezialtorpedobote, die Sperrschiffe, das Bormelungsschiff „Meiser“, die Flottenleiter und die sechs U-Bootszerstörer.

Nachdem die Vinierschiffe und Kreuzer wieder an die Bojen gegangen waren, fuhr der Kreuzer „Königsberg“ zur Wit, wobei an dem Segelschiff „Nobe“, auf dessen Rahen und Reeling die Mannschaft paradierte. Die Torpedobote machten in der Wit feil. Zahlreiche Sonderdampfer und Segelboote belebten das Bild. Kurz nach dem Bestanden des Kreuzers „Königsberg“ besah sich der Reichspräsident zum Mittagessen ins Offiziersheim. Um 14.45 Uhr fuhr der Reichspräsident zum Schloß. Nach Abschreiten der Front der Ehrenkompagnie erfolgte dann die Abreise des Reichspräsidenten mit dem schplanmäßigen Zug nach Berlin.

Die Abrüstungsfrage vor dem Rat.

Curtius begründet den deutschen Antrag. — Briand lehnt ab.

Genf, 21. Mai

Der Rat begann eine längere Aussprache über die Frage der Offenlegung des gegenwärtigen Rüstungsstandes aller Länder. Curtius wies darauf hin, daß sich in dieser Frage ein englischer und ein deutscher Antrag gegenüberstünden.

Der englische Antrag wurde von Henderson begründet. Er betonte, es sei unbedingt notwendig, daß die Abrüstungskonferenz gewisse Angaben über den gegenwärtigen Rüstungsstand der einzelnen Länder erhalte, und daß diese Angaben auf Grund gleichlautender Fragebogen erfolgen müßten. Der vorbereitende Abrüstungsausschuß habe Tabellen ausgearbeitet, die dafür richtunggebend seien.

Curtius begründete sodann den Standpunkt der deutschen Regierung zur Frage der Offenlegung des Rüstungsstandes.

Nachdem der Völkerverbund im Januar beschlossen habe, die Regierungen der an der Abrüstungskonferenz beteiligten Staaten zu Mitteilungen über den Stand ihrer Rüstungen aufzufordern, habe sich der deutschen Regierung die Überzeugung aufgedrängt, daß die Aufstellung eines einheitlichen Fragebogens für die Feststellung des Rüstungsstandes unbedingt erforderlich sei, weil sonst die Berichte der einzelnen Regierungen ihrer Ausdehnung und dem Charakter nach so stark voneinander abwichen würden, daß ein nachgemäßer Lieberblick über den gesamten Stand der Rüstungen nicht zu gewinnen sein würde.

Nach der Meinung der deutschen Regierung müßten alle wesentlichen Rüstungsfaktoren darin enthalten sein, wenn das Ziel des Vertragszweckes vom Januar erreicht

lette als Präsident mit, daß in der Zwischenzeit verjuckt werde, eine Lösung zu finden.

Abrüstungskonferenz in Genf.

Der Völkerverbund hat in geheimer Sitzung Genf als Tagungsort für die zum 2. Februar 1932 einuberufende Abrüstungskonferenz ansersehen. Die offizielle Antwort der englischen Regierung auf den Vorstoß des Völkerverbundes, den englischen Außenminister Henderson zum Präsidenten der Abrüstungskonferenz zu wählen, liegt bisher noch nicht vor, jedoch wird von Seiten der englischen Abordnung erklärt, daß die Zustimmung der englischen Regierung feststehe und Henderson schon jetzt als gewählter Präsident der Abrüstungskonferenz angesehen werden könne.

Mandat Graevins um drei Jahre verlängert.

Im weiteren Verlauf der geheimen Sitzung des Völkerverbundes wurde das Mandat des Danziger Völkerverbunds-Kommissars Graf Graevins, das Mitte 1932 abläuft, um weitere drei Jahre verlängert.

Bei der Beratung des von Frankreich empfohlenen Schemas der landwirtschaftlichen Vorzugszölle zugunsten der südosteuropäischen Landwirtschaft brachte der britische Außenminister Henderson einen formellen Vorstoß ein, dem sich die Vertreter Dänemarks, der Tschechoslowakei und Schwedens anschlossen. Der Vertreter Rumaniens ließ durchblicken, daß er an den ersten Wünschen des Europa-ausschusses, auf dem Wege von Vorzugszöllen den südosteuropäischen Staaten zu helfen, zweifelte.

Kleinarbeit in Genf.

Der ewige Streit Polen—Litauen.

Genf, 22. Mai.

Der Völkerverbund hat das Abkommen über die Schaffung der Internationalen Landwirtschaftlichen Hygiene-Kommission angenommen.

Der Rat nahm jedoch einen Bericht entgegen, nach dem die Verhandlungen zwischen der polnischen und litauischen Regierung über die Sicherung der Ruhe und Ordnung in der administrativen Zone zwischen Polen und Litauen ergebnislos verlaufen seien. Die Außenminister Polens und Litauens haben sich dem Rat gegenüber verpflichtet, Maßnahmen zu treffen, um an der Demarkationslinie Zwischenfälle zu vermeiden.

Weiter befohl der Rat, das von einem Sonderausschuß ausgearbeitete Abkommen über die friegsvorbereitenden Mittel sämtlichen Mitgliedsstaaten zu übermitteln. Das Abkommen soll im September zur Unterzeichnung ausgelegt werden. Der polnische Außenminister Galecki verlangte die moralische Abrüstung der Presse in allen Ländern. Der Rat lehnte jedoch den politischen Antrag ab und beschloß, lediglich die Vorschläge über Presseverpflichtungen in gleicher Weise wie die Sitzungsprotokolle sämtlichen Mitgliedsstaaten zu übermitteln.

Deutschland zur Unterzeichnung der Generalakte.

Im Völkerverbund fand die feierliche Beantwortung der Unterzeichnung der Generalakte des Völkerverbundes über die allgemeine schiedsgerichtliche Regelung internationaler Konflikte durch Frankreich und England statt.

Der französische und englische Außenminister bezeugten die Gelegenheit, um die Generalakte als ein bedeutungsvolles Instrument des Friedens zu erklären. Die Generalakte sieht eine schiedsgerichtliche Regelung aller politischen und rechtlichen Konflikte vor und bestimmt dabei, daß in dem Artikel 28 politische Konflikte auf der Grundlage des Rechtes zu lösen seien.

Man sieht in dieser Generalakte eine neue Befähigung der Deutschland aufzulegen Kriegsverträge, da die Generalakte die internationalen Verträge als die Rechtsgrundlage politischer Interessenkonflikte anerkennt und somit auf der Grundlage der Generalakte ein internationaler Konflikt Deutschlands mit einem anderen Staat zwangsläufig nach den bestehenden internationalen Verträgen behandelt würde.

Von deutscher Seite wird jedoch gefordert, daß die schiedsgerichtliche Entscheidung eines internationalen Konfliktes nur auf der Grundlage der Gerechtigkeit aller Staaten erfolgen muß.

Deutschland hat sich seit Jahren weitgehend für den Ausbau des Schiedsgerichtswesens eingesetzt und bereits mit den meisten Nachbarstaaten Schiedsverträge abgeschlossen, muß jedoch die Generalakte ablehnen, weil darin eine unzulässige Festlegung auf die internationalen Verträge als der Rechtsgrundlage für die Regelung politischer Konflikte vorgenommen wird.

D. A. Z. gegen Curtius.

Amtliche Antwort auf einen Zeitungsartikel.

Berlin, 22. Mai.

Amtlich wird mitgeteilt: Die „D. A. Z.“ richtete einen Angriff gegen den Reichsaussenminister, dessen Autorität durch die Genfer Vorgänge gelitten habe. Sie begründet diesen Angriff mit der Behauptung, daß der Völkerverbund sich vorbehaltlos habe, auf die Frage der deutsch-österreichischen Kolonien selbst nach einer antinationalen Entsch-

lung des Haager Gerichtshofes noch nach der politischen Seite hin einzugehen.

Dazu ist festzustellen, daß von einem solchen Beschluß des Völkerverbundes nicht die Rede sein kann.

Der Rat hat, entsprechend dem britischen Antrag, nichts anderes beschlossen, als die Rechtsfrage dem Rat zu überweisen. Ein Vorbehalt, den deutsch-österreichischen Plan später gegebenenfalls auch nach unter politischen Gesichtspunkten zur Erörterung zu bringen, ist lediglich von einzelnen Gegnern des Planes gemacht worden, ohne daß der Rat dem zugestimmt hätte.

Von deutscher Seite ist diesem Bericht der Gegner auf das bestimmteste entgegengetreten worden.

Kein Staat kann sich in einer internationalen Erörterung gegenwärtig, daß von anderen Staaten unerschickte Anträge gegen seine Pläne gestellt werden. Hierbei kommt es allein darauf an, solche Vorfälle zunichte zu machen. Das hat der Reichsaussenminister durch seine wiederholten mit größter Schärfe abgegebenen Erklärungen erreicht.

Getreidepolitik und Brotpreis.

Ausführungen Schiele vor der Presse.

Berlin, 22. Mai.

Reichsernährungsminister Schiele sprach vor Vertretern der Presse über die Brotpreispolitik im Rahmen der Getreidepolitik der Reichsregierung. Er führte u. a. aus:

Der Durchschnitt des Brotpreises betrug vom Oktober 1930 bis zum März 1931 37,34 Pf. im April 37,79 Pf. Die Festhaltung am 6. Mai hat eine Erhöhung um ungefähr 1 Pf. ergeben. Was fernerzeit die Erhöhung der Preise für Roggen und Weizen angeht, so ist eine Erhöhung des Brotpreises nach sich zog, hat die Reichsregierung sofort eingegriffen. Bei Abschluß der diesjährigen Kampagne im August dürfen etwa noch 3 bis 400 000 Tonnen Roggen vorhanden sein. Die Reichsregierung hat im übrigen im Ausland noch eine enorme Menge, die sich in Rotterdam befindet. Im März 1931 ist der Vermahlungszwang von 60 auf 70 u. s. v. aufgehoben worden. Ferner sind vollständige Maßnahmen auf dem Gebiet des Weizens durchgeführt. Im übrigen ist eine weitere Forderung des Brotpreises ins Auge gefaßt worden, die sich schon in nächster Zeit auswirken dürfte.

Der Richtpreis der Berliner Bäder betrug bei Anfang der Brotpreissteigerung der Regierung 50 Pf. je 125 Gramm. Er wurde dann auf 46 Pf. herab-

gesetzt. Als die Preise für Roggen und Weizenmehl anwogen, lag der Brotpreis wieder auf 48 Pf., dann auf 50 Pf. In neueren Verhandlungen haben sich die Berliner Bäder verpflichtet, den Brotpreis wieder auf 47 Pf. zu senken. Die Deutsche Getreidehandels-Gesellschaft hat ganz ausgezeichnete Mehl erhalten, aus dem ein tadelloses Brot bezustellen ist.

Die Vorwürfe gegen das Reichsernährungsministerium, daß mangelhaftes Mehl geliefert worden sei, müssen schriftlich zurückgewiesen werden.

Die Berliner Mischfabriken, die den Preis des Brotes auf 52 Pf. festgelegt haben, haben erklärt, sie könnten für den Fall, daß das Nachbrotverbot aufgehoben werde, den Preis bis 8 u. s. v. senken. Bei einer Änderung des Nachbrotverbotes würden sie um 4 bis 5 u. s. v. billiger liefern.

Die Weitererung des Brotpreises hat eine lebhafteste Aussprache ausgelöst, bei der es scheinen könnte, als ob eine neue Feuerungswelle die Lebenshaltung des Volkes bedrohe. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß zwar seit Anfang April eine geringe Erhöhung der Grundnahrungsmittel infolge der Lebensmittelpreise in einer dauernden Rückwärtsbewegung. Dies tritt deutlich u. a. bei Fleisch und Eier hervor. Die Weizenpreise für Fleisch, Fleischwaren und Fisch seit Anfang 1931 um 9,7 auf 29,7. Bei Eiern ist ein geradezu katastrophaler Preisrückgang eingetreten. Ganz ähnlich muß die Entwicklung bei Milch, Magerzuckermais und Margarine beurteilt werden, die von Januar 1931 von 85,9 auf 81,2 zurückgegangen ist.

Demgegenüber spielt die Brotpreissteigerung, die eine Steigerung der Weizenpreise von 93,7 im Januar auf 96,8 zur Folge hatte, eine verhältnismäßig geringe Rolle.

Trotz der Steigerung liegt die Weizenpreise für Brot und Mehl noch immer niedriger als in den Jahren 1927 bis 1930. Daß die Brotpreissteigerung im Gesamtindex für die Ernährung sich nicht in dem vielfach befürchteten Maße auswirkt, geht am besten daraus hervor, daß dieser Index von 88,9 auf 86,7 zurückgegangen ist.

Vorbereitung des Sanierungsprogramms.

Entscheidung erst nach Pfingsten.

Berlin, 22. Mai.

Die ursprünglich für Ende dieser Woche vorgesehenen Gesamtberatungen des Reichskabinetts sind verschoben worden, da einfließen nach Einzelgesprächen zwischen den Ressorts stattfinden müssen.



lichen Ergebnis des Bild des vor- n. Oben! not hünden, durch Abrüstungskon- regierung lei auf ein einheitliche aten anzulegen. och nicht den Er- des Rüstungs- der Rüstungen- ausgeübten Re- daß die deut- men Fortgang verpflichtungen des Rüstungs- Es leiten darin zu den im Ab- inden. Jetzt, wir psarbeiten hebe es und jede neu Er fehlende da- en und die eng- ge, die sich in- und englischer rumbund, diei- rechen. Dr. Curtius